

Entwurf

# Workshopantrag

an das 96. Landeschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Jon Paulsen, Lia Ladwig, Shirin Voß

**Titel:** Demokratie

## Antragstext

1 Das Landeschüler\*innenparlament möge beschließen:

2 Das der Landesvorstand damit beauftragt wird im Rahmen der Jahreskampagne  
3 2026/2027 den Parteien folgende Punkte zu übermitteln:

- 4 • Dass das Fach Gemeinschaftskunde in Geschichte und Politik unterteilt  
5 wird, um das Politikverständnis zu stärken. Geschichte und Politik sollen  
6 jeweils mindestens 3 stündig unterrichtet werden.
  
- 7 • Projekte zur Stärkung des Demokratieverständnisses, einschließlich  
8 Aufklärung zu Diskriminierungen jeglicher Art, durchzuführen und, dass die  
9 Parteien den Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Dazu zählen  
10 Podiumsdiskussionen und die Vorstellung von Berichten betroffener  
11 Personen, welche Diskriminierung jeglicher Art erfahren haben.
  
- 12 • Dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass das  
13 Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt wird.

14 Zusätzlich fordern wir vom Landesvorstand, dass dieser im Rahmen der  
15 Jahreskampagne 2026/2027

- 16 • mit den berufsbildenden Schulen in Kontakt tritt und dort Projekte  
17 anstößt, welche Wahlbeteiligung und basisdemokratisches Verständnis  
18 fördern sollen.
  
- 19 • ein einheitliches Konzept zur Bereitstellung von  
20 Veranschaulichungsmaterial entwirft, welches an die SV verteilt wird.
  
- 21 • Projekte und Workshops zur Stärkung der schulinternen Demokratie anstößt  
22 oder organisiert.

## **Begründung**

Erfolgt Mündlich

# Workshopantrag

an das 96. Landeschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Sophie Scholz, Mai-Leni Mayer, Maximilian Kohlhund

**Titel:** **Bildung ist kein Zufall - Lehrkräfteausbildung reformieren, jetzt!**

---

## Antragstext

1 Das Landeschüler\*innenparlament fordert, dass die Landesregierung die  
2 Lehrkräfteausbildung wie folgt umstrukturiert:

3 1. Sicherung der Unterrichtsqualität:

4 Wir fordern regelmäßige Unterrichtsbesuche zur Überprüfung und Sicherung der  
5 Unterrichtsqualität. Diese Besuche sollen sowohl angekündigt als auch  
6 unangekündigt stattfinden, um ein möglichst realistisches Bild des  
7 Unterrichtsalltags zu erhalten. Dabei sollen insbesondere pädagogische Methoden,  
8 der Umgang mit Schüler\*innen sowie die Vermittlung von Unterrichtsinhalten  
9 berücksichtigt werden. Ziel ist die langfristige Sicherung eines strukturierten,  
10 respektvollen und zeitgemäßen Unterrichts. Diese Unterrichtsbesuche werden durch  
11 externe, durch BiMI gestellte, durchgeführt.

12 Zusätzlich dazu sollen mehr Meldestellen zur Verfügung gestellt werden um den  
13 Schüler\*innen die Möglichkeit zu geben, sich bei Problemen während des  
14 Unterrichts auch an Außenstehende zu wenden, falls ihr Anliegen in der Schule  
15 nicht angenommen wird.

16 2. Überprüfung des genutzten Lehrmaterials:

17 Lehrmaterialien sollen mindestens einmal pro Halbjahr überprüft werden. Dabei  
18 soll sichergestellt werden, dass die verwendeten Quellen vertrauenswürdig,  
19 datenschutzkonform und inhaltlich korrekt sind. Außerdem muss geprüft werden, ob  
20 die Materialien altersgerecht, aktuell und frei von extremistischen,  
21 diskriminierenden oder anderweitig problematischen Inhalten sind, dienen diese  
22 Texte allerdings der Aufklärung und haben somit inhaltliche Relevanz für das  
23 weitere Unterrichtsgeschehen, so sind diese als Ausnahmen anzusehen. Schulen  
24 sollen dadurch stärker in die Verantwortung genommen werden, qualitativ  
25 hochwertige und demokratische Bildungsinhalte zu gewährleisten.

### 26 3. Schulung im Umgang mit der mentalen Gesundheit der Schüler\*innen:

27 Wir fordern eine stärkere Sensibilisierung von Lehrkräften für die mentale  
28 Gesundheit von Schüler\*innen. Dazu sollen regelmäßige Schulungen und  
29 Fortbildungen verpflichtend eingeführt werden. Zusätzlich sollen anonyme  
30 digitale Umfragen durchgeführt werden, um Belastungen, schulischen Druck und das  
31 allgemeine Wohlbefinden der Schüler\*innen frühzeitig erkennen und verbessern zu  
32 können. Diese Umfragen sollen in kleinem Rahmen (bezogen auf Fächer, Klausuren  
33 und Prüfungen) alle drei Monate und in größerem Rahmen (bezogen auf alle den  
34 Schulalltag beeinflussenden Faktoren) alle 6 Monate durchgeführt werden. Auf  
35 Grundlage dieser Umfragen sollen die Lehrkräfte geschult werden.

### 36 4. Überarbeitung der Abiturlektüren:

37 Die bestehenden Abiturlektüren sollen hinsichtlich ihrer Inhalte kritisch  
38 überprüft und modernisiert werden. Dabei soll stärker darauf geachtet werden,  
39 dass die behandelten Themen gesellschaftlich relevant, diskriminierungssensibel  
40 und für Schüler\*innen nachvollziehbar sowie zeitgemäß sind. Ziel ist ein  
41 Literaturkanon, der unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt und die  
42 Lebensrealität junger Menschen besser widerspiegelt.

### 43 5. Verpflichtende Lehrkräftefortbildungen:

44 Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte innerhalb der regulären  
45 Arbeitszeit. Diese Fortbildungen sollen sich an aktuellen pädagogischen,  
46 gesellschaftlichen und technischen Standards orientieren. Besonders wichtig sind  
47 regelmäßige Schulungen zu den Themen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz  
48 sowie der Umgang mit Neurodivergenzen und anderen Beeinträchtigungen.  
49 Entsprechende Fortbildungen sollen mindestens einmal pro Schuljahr  
50 beziehungsweise halbjährlich stattfinden.

### 51 6. Überarbeitung des Beamtenstatus:

52 Wir fordern eine Überprüfung des Beamtenstatus von Lehrkräften. Ziel ist es, bei  
53 schwerwiegenden Verstößen gegen die demokratische Grundordnung oder gegen das  
54 Neutralitätsgebot, beispielsweise bei rassistischen, sexistischen,  
55 faschistischen oder extremistischen Äußerungen und Handlungen, schneller  
56 Suspendierungen oder Entlassungen ermöglichen zu können. Dabei sollen  
57 rechtsstaatliche Prinzipien und die politische Neutralität des Unterrichts  
58 gewahrt bleiben.

Entwurf

# Workshopantrag

an das 96. Landeschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Verbesserung des Unterrichts und Schule

**Titel:** Zukunftsfähige Lehrpläne

## Antragstext

1 Das Landeschüler\*innenparlament wolle beschließen:

2 Die Lehrpläne der BS SH in folgenden Punkten zu reformieren:

3 1. Medienbildung als verbindliche Querschnittsaufgabe

4 Medienkompetenz soll nicht nur punktuell behandelt, sondern systematisch in  
5 allen geeigneten Fächern verankert werden. Dazu gehören:

6 • Der kritische Umgang mit sozialen Medien und Nachrichtenquellen (Fake  
7 News, Desinformation, Cybermobbing und Deepfakes)

8 • Der kritische und bewusste Umgang mit KI-tools

9 • Der sichere Umgang mit digitalen Tools im schulischen und beruflichen  
10 Kontext

11 2. Stärkung politischer und historischer Bildung

12 Politische und historische Bildung sollen stärker gewichtet und klar  
13 strukturiert vermittelt werden:

- 14 • Einführung bzw. Aufwertung eines eigenständigen Fachs „Politik“ mit Fokus  
15 auf Demokratiebildung, Wahlen, Grundrechte und gesellschaftliche Teilhabe
  
- 16 • Eigenständiger, kontinuierlicher Geschichtsunterricht zur Förderung von  
17 historischem Verständnis und Einordnung aktueller Entwicklungen
  
- 18 • Regelmäßige Einbindung aktueller politischer Themen in den Unterricht (vor  
19 allem Landtagswahlen, kommunale Politik)

### 20 3. Lebenspraktische Kompetenzen: Erste Hilfe und Alltagsbildung

21 Die Lehrpläne sollen stärker auf praktische Lebenskompetenzen ausgerichtet  
22 werden:

- 23 • verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse während der Schulzeit
  
- 24 • Vermittlung grundlegender Kenntnisse zu Gesundheit, Notfallsituationen und  
25 Verantwortung im Alltag
  
- 26 • Erweiterung um Themen wie Finanzen, Miete, Versicherungen und Arbeitswelt  
27 (Grundlagen der „Lebensbildung“)

### 28 4. Weiterentwicklung des Religions-, Philosophie- und Ethikunterrichts

29 Der Unterricht soll stärker pluralistisch und lebensweltorientiert gestaltet  
30 werden:

- 31 • Einführung eines eigenständigen Fachs "Geisteswissenschaften" mit  
32 gleichwertiger Darstellung verschiedener Religionen und Weltanschauungen

33 • verpflichtende ethische Grundbildung unabhängig von konfessioneller  
34 Zugehörigkeit

35 • stärkere Behandlung gesellschaftlich relevanter Themen wie Toleranz,  
36 Diskriminierung und Wertebildung

## 37 5. Modernisierung der Sexualkunde

38 Der Sexualkundeunterricht soll zeitgemäß, offen und umfassend gestaltet werden:

39 • Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

40 • Aufklärung über Einvernehmlichkeit, Grenzen und respektvolle Beziehungen

41 • Stärkere Einbindung von Themen wie mentale Gesundheit, Körperbild und  
42 Schutz vor sexualisierter Gewalt

43 • Kontinuierliche Vermittlung statt einmaliger Behandlung

## **Begründung**

Erfolgt Mündlich.

Entwurf

# Workshopantrag

an das 96. Landeschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Hanin Abdullah, Omar Shehata, Peer Bennet Bruhn, RAB  
Baig, Neil Begemann, Jamie Peters

**Titel:** Verbesserung der schulischen Infrastruktur

## Antragstext

1 Antrag

2 Das Landeschülerparlament fordert die Verbesserung der schulischen  
3 Infrastruktur sowie eine Modernisierung des Schulalltags, um bessere  
4 Lernbedingungen und ein angenehmeres Schulumfeld für alle Schülerinnen und  
5 Schüler zu schaffen.

6 Anforderungen

7 1. WLAN

8 Das WLAN soll an allen Schulgebäude stabil, schnell und für alle schulisch  
9 genutzten Geräte zugänglich sein.

10 2. Toiletten

11 Die Toiletten sollen modernisiert, regelmäßig gereinigt und dauerhaft  
12 funktionsfähig gehalten werden.

13 3. Lern- und Ruheräume

14 Es sollen zusätzliche Lern-, Arbeits- und Ruheräume für Schülerinnen und Schüler  
15 eingerichtet werden mit Sofas bzw. gemütliche Sitzplätze.

#### 16 4. Wasserspender

17 In den Schulgebäuden sollen frei zugängliche Wasserspender installiert werden  
18 bzw sauberes Wasser.

#### 19 5. Digitale Unterrichtstechnik

20 Die Klassenräume sollen mit moderner digitaler Unterrichtstechnik ausgestattet  
21 werden.

#### 22 6. Lüftung und Luftqualität

23 Die Lüftungssysteme und die Luftqualität in Klassenräumen sollen verbessert  
24 werden.

#### 25 7. Sitzmöglichkeiten

26 Im Schulgebäude und auf dem Schulhof sollen mehr Sitzmöglichkeiten geschaffen  
27 werden.

#### 28 8. Steckdosen

29 Es sollen ausreichend funktionierende Steckdosen in Klassen- und  
30 Aufenthaltsräumen vorhanden sein.

#### 31 9. Fahrradständer

32 Die Schule soll überdachte und sichere Fahrradständer bereitstellen.

#### 33 10. Öffentlicher Nahverkehr

34 Die Bus- und Bahnverbindungen zur Schule sollen verbessert und zuverlässiger  
35 gestaltet werden.

#### 36 11. Fahrstühle an Bahnhöfen und Haltestellen

37 Fahrstühle an Bahnhöfen und Haltestellen im Schulumfeld sollen dauerhaft  
38 funktionstüchtig und barrierefrei sein.

## 39 12. Veranstaltungsflächen

40 Es sollen mehr Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen für AGs, Projekte und  
41 Schulveranstaltungen geschaffen werden.

## 42 Umsetzungsvorschlag

43 Das Schülerparlament schlägt vor, gemeinsam mit der Schulleitung, dem  
44 Schulträger sowie weiteren zuständigen Stellen einen schrittweisen  
45 Umsetzungsplan zu entwickeln und besonders dringende Maßnahmen zuerst  
46 umzusetzen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

Entwurf

# Workshopantrag

an das 96. Landeschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Schüler\*innenbeteiligung (dort beschlossen am: 22.05.2026)

**Titel:** **Engagement sichtbar machen für alle ehrenamtlich Tätigen**

---

## Antragstext

1 Das Landeschüler\*innenparlament wolle beschließen,  
2 die Landesregierung und das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung  
3 werden aufgefordert, die landesrechtlichen Vorgaben so anzupassen, dass  
4 ehrenamtliches Engagement von Schüler\*innen im Zeugnis zwingend sichtbar gemacht  
5 wird.

6 Konkret fordert das Landeschüler\*innenparlament:

- 7 1. Eine Änderung der Landesverordnung über andere ergänzende Angaben in  
8 Zeugnissen (Zeugnisverordnung - ZV0). Die bestehende „Kann“-Regelung ist  
9 in eine verpflichtende Vorgabe („Muss“-Bestimmung) umzuwandeln. Sobald  
10 eine/e Schüler/in eine ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen der  
11 Schulgemeinschaft (z.B. als Klassensprecher\*in, im Schüler\*innenrat oder  
12 im Schulsanitätsdienst) ausübt, muss dieser Vermerk automatisch erfolgen.
- 13 2. Die Einführung eines standardisierten, ministeriellen Zertifikats für alle  
14 Mitglieder der Kreisschüler\*innenvertretungen(KSVen) und  
15 Landeschüler\*innenvertretungen(LSVen) wird verpflichtend gefordert.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

Entwurf

# Workshopantrag

an das 96. Landesschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Schüler\*innenbeteiligung (dort beschlossen am: 22.05.2026)

**Titel:** Kommunikation für Schüler\*innen verbessern

## Antragstext

- 1 Das Landesschüler\*innenparlament wolle beschließen,  
2 die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden  
3 aufgefordert kommunikationsfördernde Portale zu schaffen.
- 4 Jede Schule soll einen eigenen Zugang erhalten, so dass diese das Portal als  
5 Kommunikationstool zwischen der SV und den Schüler\*innen nutzen können.  
6 Zusätzlich soll die Beschwerdemöglichkeit für die Schüler\*innen an die  
7 Schulleitung geschaffen werden, sowie an die der Schule zugehörigen LSV. Diese  
8 Optionen sollen sowohl anonym, als auch mit der Möglichkeit den echten Namen  
9 anzugeben, angeboten werden.
- 10 Die Einsicht in die einzelnen Kommunikationsstrukturen soll dabei nur den direkt  
11 daran beteiligten Personen oder Organisationen obliegen.

## Begründung

erfolgt mündlich